K-5-3198-2 Vielfalt leben – in Freiheit und Gleichheit

Antragsteller*in: Jan Fährmann (KV Berlin-Lichtenberg)

Änderungsantrag zu K-5

Von Zeile 475 bis 477 einfügen:
schaffen, erteilen wir eine klare Absage. Sicherheit entsteht nicht durch Überwachung und Vorratsdatenspeicherung auf Kosten der Freiheit und Privatsphäre aller. Wir wollen die Videoüberwachung in öffentlich zugänglichen Räumen auf das unbedingt erforderliche Maß begrenzen, einem Missbrauch durch technische und organisatorische Vorkehrungen verhindern und bestehende Befugnisse in diesem Sinne überprüfen. Den Einsatz biometrischer Überwachungssysteme in öffentlich zugänglichen Räumen und Fahrzeugen des öffentlichen Verkehrs lehnen wir ab. Die Sicherheitsbehörden brauchen effektive und wirksame Mittel im Kampf gegen Verbrechen und

Begründung

Diese Diskussion ist sehr aktuell und wird mit dem technischen Fortschritt immer mehr Gegenstand von politischen Diskussionen sein. Die anlasslose, technische Überwachung öffentlicher Räume schränkt für manche Menschen deren Nutzung ein und bringt in aller Regel keinen Sicherheitsgewinn. Das Thema hat uns in der Legislatur mit dem Volksbegehren für mehr Videoüberwachung beschäftigt und wir haben uns klar dagegen positioniert. Ein Fehlen dieser Forderung könnte als eine Befürwortung von Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen interpretiert werden.

Unterstützer*innen

Vasili Franco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Michael Servatius (KV Berlin-Kreisfrei); Filiz Keküllüoglu-Abdurazak (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Daniela Ehlers (KV Berlin-Lichtenberg); Thilo Klawonn (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Annkatrin Esser (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Laura Sophie Dornheim (KV Berlin-Lichtenberg); Jonathan Philip Aus (KV Berlin-Mitte); Jan Stiermann (KV Berlin-Neukölln)